

Thomas Jäger / Gerhard Kümmel /
Marika Lerch / Thomas Noetzel (Hrsg.)

Sicherheit und Freiheit

Außenpolitische, innenpolitische
und ideengeschichtliche Perspektiven

Festschrift für Wilfried von Bredow



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8329-0443-3

1. Auflage 2004

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2004. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Das südliche Afrika – Umbruch, Aufbruch, Zusammenbruch?

Ansichten eines Dissidenten

Klaus Frhr. von der Ropp

„(...)l’Afrique du Sud va bientôt traverser les variantes infinies de la barbarie (...)“

Breyten Breytenbach, Schriftsteller und in der Zeit der Apartheid langjähriger politischer Häftling in Pretoria, im Gespräch mit *Le Monde* vom 5. Juni 1991

1 Einleitung

Als dem langjährigen Vertreter der die Fraktionen des Deutschen Bundestages und die Bundesregierung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen beratenden Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) – zunächst in Bonn und später in Berlin – oblag es mir, interessierte Leser für deren Buchreihen beim Nomos Verlag zu finden. Wie war es möglich, Politiker, Beamte und Journalisten mit in der Regel übervollen Terminkalendern dafür zu gewinnen, umfangreiche, oft nicht einfach zu lesende Neuerscheinungen durchzuarbeiten? In all den Jahren stieß ich immer wieder auf dieselbe Antwort: Es musste gelingen, Wilfried von Bredow, oder in späteren Jahren einen seiner Schüler, dafür zu gewinnen, sie zu rezensieren. Denn kaum ein Dritter verfügt über seine Fähigkeit, sich die breite Palette der SWP-Bände vom Inhalt her zu erarbeiten und die wesentlichen Aussagen der Werke in wenigen Sätzen druckreif zu Papier zu bringen. Besprechungen aus Marburg ließen nicht nur die Verkaufszahlen nach oben schnellen, sondern auch, viel wichtiger, die Partner der SWP das Gespräch mit den Verfassern suchen.

Es muss etwa 25 Jahre her sein, dass ich erstmals mit Bredows großem Wissen und seiner überragenden Fähigkeit der Analyse in Berührung kam. Bei einer sicherheitspolitischen Fragen gewidmeten Konferenz in Baden bei Wien wurden Szenarien einer möglichen horizontalen Eskalation des Ost-West-Konflikts diskutiert, m.a.W. konnte sich im Nahen Osten, in Jugoslawien nach Tito oder aber in der Republik Südafrika der letzte aller Kriege entzünden? Bei einem langen Spaziergang sprachen wir über die Sorge, die Egon Bahr in einem Interview mit dem damals noch progressiven *Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt* ausgedrückt hatte (Bahr 1977: 8). Was konnte die Eskalation des damals weltweit erwarteten südafrikanischen Bürgerkrieges auslösen? Wohl am ehesten die drohende Bildung, dies nach dem Vorbild der OPEC, sowjetisch-südafrikanisch-simbabwischer Kartelle, für solche für die westliche Rüstungsindustrie existenziell wichtigen Rohstoffe, die nur in diesen drei Staaten gefördert wurden. Übrigens hat einer der Bredow-Schüler, Thomas Jäger, später festgestellt, der damalige Pariastaat Südafrika sei in letzter Verzweiflung in der Lage gewesen, Nuklearwaffen bis in die geographischen Zentren des Ost-West-Konflikts zu platzieren und so unkalkulierbare Gefahren für den Weltfrieden heraufzubeschwören (Jäger 1996: 305-307).

Allem damals in Kreisen der Politikberater oft gehörten, modischen Gerede zum Trotz gab es in der UdSSR und ihren Verbündeten sehr wohl das Bemühen, das nicht nur wirtschaftlich interessante Südliche Afrika zu einem riesigen Kuba zu machen. Eine führende und sehr erfolgreiche Rolle spielte hier die DDR (Schleicher 1994: 59-74). Gab es nach alledem überhaupt für westliche Diplomatie eine Chance, den drohenden südafrikanischen Bürgerkrieg mit seinen Gefahren weltweiter Eskalation oder aber einen den Einsatz von Nuklearwaffen einschließenden Regionalkonflikt zu verhindern, ohne dass die vom Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und der ihm auf das Engste verbündeten Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) gestellte künftige Regierung in Pretoria Südafrika und seine Nachbarn zum Satelliten Moskaus machte? Auch hier hatte Bahr die Antwort geliefert. Ähnlich den Regierungen in London und Washington, die sich allerdings nur im geschlossenen Raum äußerten, forderte er für das neue Südafrika keine bloße Umkehr der Macht von der weißen Minderheit auf die übergroße schwarze Mehrheit, sondern ein ‚bislang unbekanntes Modell des gleichberechtigten Miteinanders mit besonderem Schutz für Minderheiten‘. Er wurde mit dieser These in Deutschland nicht gehört. Weder von seiner eigenen Partei, der SPD, noch gar von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Letzterer war von dem außenpolitisch viel erfahreneren Bundeskanzler Helmut Schmidt 1974 auf Nebenfelder der Politik, dies vor allem im Südlichen Afrika, abgedrängt worden. Ohne Kenntnis Namibias und Südafrikas machte er sich, aus Populismus heraus, die Thesen der von ihm hofierten Befreiungsbewegungen ANC und South West African People's Organisation (SWAPO) von einer simplen Machtumkehr in Südafrika und Namibia zu eigen. Dies um so lauter, als sein innenpolitischer Gegenspieler, Franz-Josef Strauß, und mit ihm die übergroße Mehrheit in beiden Unionsparteien so töricht waren, in ANC/SACP und SWAPO terroristische Banden nach dem Vorbild der westdeutschen RAF zu sehen.

2 Anfänge der Überwindung der weißen Minderheitsregime im Süden Afrikas

Mit dem Zusammenbruch des portugiesischen Imperiums im April 1974 und dessen Abgleiten in die Anarchie wurde der westlichen Welt klar, dass der Status quo in den Nachbarstaaten Namibia, Simbabwe und vor allem Südafrika endgültig unhaltbar geworden war. Die Folge war die von Bonn und Washington konzipierte und im März 1977 aufgenommene Namibia-Initiative der USA, Großbritanniens, der BR Deutschland, Frankreichs und Kanadas (Ropp 1997: 431-442). Deren im September 1978 in Res. 435 des UN-Sicherheitsrats niedergeschriebenes Ziel war die Entlassung der von Südafrika völkerrechtswidrig besetzten einstigen deutschen Kolonie Südwestafrika in die international anerkannte Unabhängigkeit. Bei der von Genscher angeregten Konferenz der westlichen Fünf mit den südafrikanischen Machthabern im Oktober 1978 in Pretoria sollte Letzteren das Zugeständnis abgerungen werden, endlich bei der Implementierung des in Res. 435 des UN-Sicherheitsrates festgehaltenen Plans zur Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit mitzuwirken. Das gelang nicht! Stattdessen bahnte sich damals der Ausschluss der Bonner Regierung aus dem Kreis der fünf Vermittler an. Hintergrund war, dass die Südafrikaner Genscher im Verhandlungssaal ver-

höhnzten, als er ihnen für den Fall ihrer fortwährenden Unbotmäßigkeit mit Wirtschafts-sanktionen drohte, der britische Außenminister David Owen und, auf sein Betreiben, auch US-Außenminister Cyrus Vance ihm jedoch widersprachen. So verwundert es nicht, dass in dem *Genscher und das südliche Afrika* überschriebenen entsprechenden Aufsatz in der Genscher-Festschrift der Verlauf dieser Konferenz nur äußerst lückenhaft geschildert, sowie die von Erfolg gekrönte Diplomatie (1987/88) der Briten um Botschafter Sir Robin Renwick und den Afrika-Beauftragten im US-Außenministerium, Chester A. Crocker, mit keinem Wort erwähnt werden (Vergau 2002: 234-239). Hingegen erwähnt Vergau zu Recht, dass auf Betreiben Owens die fünf Delegationsleiter ihren mit nach Pretoria angereisten Beratern die Teilnahme an den Verhandlungen untersagten (Vergau, a.a.O. 233). M.a.W., die Briten stellten Genscher erfolgreich eine politische Falle!

Damals wurde abermals deutlich, dass London erst dann bereit war, das Risiko östlicher Positionsgewinne hinzunehmen, wenn ein weißes Minderheitsregime vor dem Kollaps stand. Genscher war in Fragen der Umgestaltung des Südlichen Afrikas absolut beratungsresistent (Ropp 1995: 220f.). So überschätzte er den Einfluss seiner vornehmlich im UN-Rahmen auftretenden afroamerikanischen Mitstreiter, der Botschafter Don McHenry und Andrew Young. Wohl aus Unerfahrenheit heraus sah er nicht, dass selbst ein ausgeprägter *tiers mondiste* wie Präsident Jim Carter und erst recht dessen Außenminister Cyrus Vance letztlich den Warnungen Londons mehr Bedeutung beimäßen als allen weltweiten Bekundungen zur Überwindung des Rassismus im Süden Afrikas. Alledem steht nicht entgegen, dass London nur ein Jahr später, also Ende 1979, mit den weißen Machthabern in Rhodesien/Simbabwe im Lancaster House, London, deren Kapitulation aushandelte. Denn die Letzteren waren am Ende.

3 Herrschaftsumbruch mit dem Ziel der Demokratisierung

Mit dem Ende des Kalten Krieges war fürs Erste das Ende der Herrschaft weißer und schwarzer Despoten in Afrika gekommen. Das machten 1990 u. a. bei dem franko-afrikanischen Gipfel in La Baule Staatspräsident François Mitterrand und im Gespräch mit dem seit Mitte der 60er Jahre amtierenden kongolesischen (zairischen) Gewaltherrscher Mobutu Sese Seko US-Außenminister James Baker klar. An die Stelle oft extrem autoritärer Regime sollten Demokratien treten. Niemand stellte sich offenbar die Frage, wie das in der Praxis möglich sein werde. Selbst das jämmerliche Scheitern der von den USA geführten UN-Mission in Somalia führte offenbar nicht zu mehr Nachdenklichkeit. Deren Ziel war 1993 gewesen, die diversen ‚warlords‘ zu entmachten und in dem ostafrikanischen Land ein demokratisches System zu schaffen. Nachdenklichkeit war nicht gefragt (Kümmel 1999: 113-119), wo Ideologie den Weg wies. Weiterhin wurde offenbar die Meinung vertreten, Demokratie lasse sich durch den Federstrich eines Verfassungsgebers schaffen. Kaum jemand begriff die These von Klaus von Beyme, wonach Demokratie nicht gegeben, sondern aufgegeben ist. Anscheinend – oder vielleicht nur scheinbar – nahm die internationale Gemeinschaft an, die Zeit demokratischer Ordnungen sei jetzt auch in Namibia, Mosambik, Angola, Zaire und in der Republik Südafrika gekommen.

3.1 Die Unabhängigkeit Namibias als Testfall für die Demokratisierung Südafrikas

Dank des (nur) hier erfolgreichen Franz Josef Strauß, der Ende 1987 nach Moskau und Anfang 1988 nach Südafrika gereist war, konnten die in Pretoria herrschenden Afrikaner davon überzeugt werden, dass die Sowjets ihre imperialen Ziele im Süden Afrikas aufgegeben hatten. Jetzt war man in Pretoria bereit hinzunehmen, dass London und Washington mit Hilfe höchst intensiver Diplomatie die staatliche Unabhängigkeit Namibias gemäß Res. 435 des Sicherheitsrats herbeiführten (Ropp 1990: 301-303). Die Bonner Regierung erfuhr das Ende 1988 erst und nur aus den Medien. Um so intensiver dann allerdings in Vorbereitung der im März 1990 erfolgten Unabhängigkeit Namibias die deutsche Unterstützung für die Erarbeitung einer Verfassung, die westlichen Lehrbüchern entnommen sein könnte, die jedoch ihre Tauglichkeit für die Gegebenheiten eines armen Entwicklungslandes erst noch beweisen musste. Dieses Engagement des wiedervereinigten Deutschlands und neben ihm vornehmlich der Skandinavier war wichtig, waren doch die vielen SWAPO-Exilanten im Osten Deutschlands dahingehend ausgebildet worden, das neue Namibia nach dem Vorbild der DDR zu strukturieren. Schnell wurde Deutschland außerdem zum wichtigsten Partner Namibias in der entwicklungs-politischen Zusammenarbeit.

Das neue Namibia hatte Probleme zu meistern, die denen der einstigen Besatzungsmacht sehr ähnlich waren, also vor allem ein miserables Ausbildungsniveau der Schwarzen, Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Und doch erschienen sie nicht selten lösbarer als in dem Nachbarland. Denn anders als in Südafrika gibt es in Namibia kein viele Millionen zählendes Lumpenproletariat. Die letzten Parlamentswahlen warfen dann aber Fragen nach der Stabilität der demokratischen Institutionen des Landes auf. Denn erstmals musste sich die seit 1990 regierende SWAPO mit einer dieser Namen verdienenden Oppositionspartei, dem Congress of Democrats (CoD), auseinandersetzen. Auf deren Vorwürfe, SWAPO sei korrupt, sie fördere um den Preis der weiteren Verarmung vor allem der ländlichen Bevölkerung die Selbstbereicherung der herrschenden Eliten und betreibe Vetternwirtschaft, antwortete die Regierungspartei mit gegen den CoD gerichteten Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen aller Art.

Überraschen würde, sollte der nach simbabwischem Vorbild zunehmend autoritär herrschende Staatspräsident Sam Nujoma (Melber 2002: 13) nicht zumindest versuchen, dies auch gegen starke Opposition in eigenem (SWAPO-)Lager, eine Landreform nach dem Vorbild derjenigen durchzuführen, die Staatspräsident Robert G. Mugabe seit Anfang 2000 unter völliger Missachtung der Rechtsordnung seines Landes vollzieht. Letzterer beschränkte sich in seiner anlässlich des Johannesburger Umweltgipfels Ende August 2002 gehaltenen Rede auf die Rechtfertigung der gewaltsamen Besetzung kommerzieller Großfarmen durch ‚Kriegsveteranen‘ und die Missachtung ihr entgegenstehender Gerichtsurteile. Während Delegierte aus vielen afrikanischen Staaten Mugabe applaudierten, übernahm Nujoma sogar seine Sprache. Es stellt sich die Frage, ob es für eine geordnete Landreform (Brandt/Otzen 2002: 305-308) nicht bereits zu spät ist. Das Fatale an der simbabwischen Reform ist, dass sie nur zerstört. Denn die durch sie Begünstigten, nicht selten Regierungs- und Parteifunktionäre, sind kaum je in der Lage, die bislang hervorragenden Farmen in ihrer auch für den Export in die EU wichtigen

Produktivität zu erhalten. In Simbabwe ist heute fast die Hälfte der Bevölkerung vom Hungertod bedroht (WFP/FAO Report 2002). Dieses nicht nur für afrikanische Verhältnisse hoch entwickelte Land ist insgesamt verelendet (Schmidt 2002: 1-11). Allerdings werden die nicht mehr ordnungsgemäß bewirtschafteten Großfarmen in Simbabwe nur versteppen. Im Fall einer analogen Entwicklung in Namibia würden die Farmen wohl von den Wüsten Kalahari und Namib aufgesogen und wären damit für alle Zeit verloren. Hier würden sich Szenarien abzeichnen, wie sie das Johannesburger *Institute for Global Dialogue* in Zusammenarbeit mit der Friedrich Ebert Stiftung für das gesamte südliche Afrika erstellt hat: Sie enden fast ausnahmslos in der Zerstörung der modernen Sektoren der Volkswirtschaften, sieht man von ein paar Inseln in der Republik Südafrika ab (Le Pere 2000: 60-62). Wie alle anderen Staaten des südlichen Afrika, so sind schließlich auch Namibia und Simbabwe von der HIV/AIDS-Pandemie bedroht, richtiger wohl: bereits partiell in ihren Grundfesten zerstört (Rabbow 2001: 19). Die Zahlen der Infizierten bzw. bereits Erkrankten sprechen für sich: Südafrika: 20 %, Sambia: 20 %, Namibia: 22,5 %, Lesotho: 24 %, Simbabwe: 25 %, Swasiland: 25 % und Botswana: 35,8 % aller 15-49jährigen. Übrigens erscheinen diese Zahlen eher zu niedrig als zu hoch gegriffen.

3.2 Erfolge und Misserfolge in der Befriedung/Demokratisierung Mosambiks und Angolas

Dank einer Initiative der italienischen Regierung und einer römischen Ordensgemeinschaft, St. Egidio, schlossen die seit 1975 Mosambik regierende FRELIMO und die Rebellenbewegung RENAMO 1992 in Rom einen Friedensvertrag, der überwacht von einer UN-Mission (UNOMOZ) bis auf den heutigen Tag Bestand hat. Zuvor hatten der Befreiungskrieg gegen die portugiesische Kolonialmacht (1960-1974) und der anschließende, von außen geschürte Bürgerkrieg (1975-1992) das Land zum ärmsten der Erde insgesamt gemacht. Seit 1992 herrscht ein Zustand des Nicht-Krieges (Ostheimer 2001: 28, 34), der dem Süden des Landes sehr hohe wirtschaftliche Wachstumsraten gebracht hat, wohingegen der Rest des übrigen nach wie vor von Minen verseuchten Landes unverändert in bitterster Armut lebt (Hanlon 2002: 34f.). Auch in Mosambik werden daher Hunderttausende von Menschen verhungern, ohne dass die Außenwelt davon Kenntnis nimmt.

Noch stärker als in Mosambik ist es als purer Zynismus zu bewerten, wenn nach dem von Militärs in Luanda mit jenen der Rebellenbewegung UNITA im Mai 2002 unterzeichneten Waffenstillstand selbst in seriösen Medien die Auffassung vertreten wurde, Angola bekomme jetzt eine neue Chance auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Richtig ist, dass Angola nach 15 Jahren Befreiungskrieg und einer anschließenden 27 Jahre währenden Mischung aus Stellvertreter- und Bürgerkrieg jetzt erstmals eine Chance auf Nicht-Krieg bekommen hat (Fandrych 2002: 4). Zuvor war es einer aus den USA, Portugal und Russland bestehenden Troika gelungen, Regierung und Rebellen dazu zu bringen, im Mai 1991 in Bicesse/Lissabon einen Friedensvertrag zu schließen. Er war von Anfang an brüchig und scheiterte schon daran, dass es nicht gelang, die Truppen der UNITA-Rebellen zu demobilisieren oder aber in die Regierungstreitkräfte zu integ-

rieren (Pabst 2002: 454f.). Auch eine viel besser ausgerüstete und zahlenmäßig stärkere UN-Streitmacht als die damals in Angola (UNAVEM) stationierte mit ihren 7000 Angehörigen hätte das kaum erreicht. Das Schicksal eines drei Jahre später in Lusaka unterzeichneten Zusatzprotokolls zu dem Abkommen von Bicesse war das gleiche wie das des Hauptvertrages. Es wurde von niemandem respektiert. Krieg, Plünderung, Millionen unkontrollierter Minen, alles das zerstörte Angola vollends (Kasack 2002: 36f.). Die Aussichtslosigkeit einer Konfliktlösung wurde unterstrichen, als der UN-Sicherheitsrat 1999 einstimmig den Rückzug seines Kontingents beschloss. Angola war schlichtweg am Ende! (United Nations 2002). Der vom UN-Sicherheitsrat untersagte Handel mit Blutdiamanten, der Haupteinnahme UNITAs, der Wegfall jedweder Unterstützung aus dem Ausland und schließlich die nach einer weit verbreiteten Auffassung von der US-Regierung mitzuverantwortende Tötung Jonas Savimbis im Februar 2002, alles das sind Faktoren, die die UNITA Anfang 2002 einer militärischen Niederlage sehr nahe gebracht haben. Das umso mehr, als die zeitweilig in Auffanglagern untergebrachten vielen zehntausend der einfachen Soldaten ihrer Armee dort in großer Zahl zusammen mit ihren Familienangehörigen verhungern werden (Martin Pabst). Abzuwarten bleibt, ob der so errungene ‚Frieden‘ zum politischen Frieden führen wird (Fandrych 2002: 8).

3.3 Demokratische Republik Kongo – Gibt es eine Chance auf Eindämmung der Anarchie?

Wie bereits erwähnt forderte die US-Regierung mit dem Ende des Kalten Krieges die Demokratisierung auch solcher afrikanischer Staaten, deren Despoten ihr zuvor ergebene Alliierte gewesen waren. Das galt auch für das seit Mitte der 60er Jahre in Kinshasa amtierende Regime der damals den Namen Zaire tragenden heutigen Demokratischen Republik Kongo (DRK). Sorge um den Fortbestand des Status quo in Ägypten, die Ölinteressen im Persischen Golf wie auch der Schutz Israels führten dann jedoch unter Präsident Bill Clinton 1993 zu einer abermaligen Neuformulierung amerikanischer Politik im nordöstlichen und zentralen Afrika. Washington setzte zur Abwehr gegen Einflüsse der den Schurkenstaat Sudan regierenden Islamisten jetzt wieder auf ihm ergebene Diktaturen (Strizek 2000: 386f.). Dazu gehörten 1994 die Förderung des Sieges von Paul Kagame im ruandischen Bürgerkrieg wie auch die 1997 vollzogene Ersetzung des altersschwachen und ein Jahr später im Exil verstorbenen Diktators Mobutu Sese Seko durch den den USA plötzlich gewogenen Despoten Laurent Kabila. Verbündete der USA waren hier Ruanda und Uganda. Das gab ihnen Gelegenheit, große Gebiete im Osten und im Norden der DRK zu besetzen. Für Ruanda war das die Vorstufe der in Kigali geplanten Annexion der ostkongolesischen Kivu-Provinz (Cohen 2002). So sollten die nach Kivu 1994 geflohenen Verlierer des ruandischen Bürgerkriegs neutralisiert werden. Ferner boten sich so den Diktatoren in Ruanda und Uganda sowie den im zweiten Kongokrieg (1998-2002) dem Kabila-Regime verbündeten Machthabern aus Simbabwe, Angola und Namibia durch das Plündern von Boden- und Naturschätzen große Chancen zur persönlichen Bereicherung (UN Secretary General 2002). Der zweite Kongokrieg war eben, wie der einsame Streiter Helmut Strizek immer wieder vorgetragen hat, ein Stellvertreter- und kein Bürgerkrieg.

Bereits vor der Ermordung Kabilas (Anfang 2000) und dessen Ersetzung durch seinen Sohn Joseph hatten die sechs beteiligten afrikanischen Staaten im Juli 1999 ein Friedensabkommen geschlossen. Diesem in Lusaka geschlossenen Vertrag traten die drei Rebellenbewegungen anschließend bei, jedoch wurde er von keinem der Unterzeichner beachtet (Stroux 2000: 1-13). Dazu trug bei, dass die *Mission des Nations Unies pour le Congo* (MONUC) bei weitem nicht die ohnehin völlig unzureichende Zahl von 5500 Angehörigen erreichte. Das Somalia-Debakel wirkte bei den USA und damit auch im UN-Sicherheitsrat nach. Niemand wird definitiv sagen können, ob Ruanda, Uganda, Simbabwe und Angola inzwischen wirklich ihre Truppenkontingente aus der DRK komplett abgezogen haben. Einzig Namibia hatte das bereits zuvor getan. Nach teils monatelangen Verhandlungsrunden gelang es dem südafrikanischen Staatspräsidenten Thabo Mbeki im Dezember 2002, die Regierung in Kinshasa und die drei wichtigsten Rebellengruppen dahin zu bringen, sich auf die Bildung einer Übergangsregierung zu einigen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Vertrag von Pretoria das Papier wert ist, auf das er geschrieben wurde. Dazu plant die südafrikanische Regierung durch die Entsendung von 1500 Soldaten in die MONUC beizutragen. Da UN-Soldaten HIV-negativ sein müssen, tut sich Pretoria mit der Zusammenstellung dieser Truppe schwer.

3.4 Südafrika als Faktor der Stabilität?

Auf massiven Druck Großbritanniens und – die Briten stützend – der USA hin hob die Regierung des letzten weißen Staatspräsidenten, F. W. de Klerk, Anfang 1990 das Verbot aller gebannten Oppositionsparteien auf, ließ alle politischen Gefangenen mit dem zuvor fast 30 Jahre lang inhaftierten Nelson Mandela an der Spitze bedingungslos frei, warf sämtliche Apartheid-Gesetze über Bord und nahm in Kempton Park/Johannesburg mit den Oppositionsgruppen Verhandlungen über eine neue Verfassung auf. Dies vor einem mehr als problematischen Hintergrund: Das Ausbildungsniveau der übergroßen schwarzen Mehrheit war miserabel, ungleich schlechter als etwa in Simbabwe. Es fehlte allen Akteuren an jeder demokratischen und rechtsstaatlichen Kultur. Stattdessen hatten 350 Jahre rassistischer Regime eine ‚Kultur‘ der Gewalt hervorgebracht. Südafrika hatte bereits damals eine extrem hohe, in der Regel strukturelle Arbeitslosigkeit. Gleichermassen destabilisierend wirkte die nicht minder hohe Gewaltkriminalität. Ein weiteres Problem waren die krassen Einkommens- und Vermögensunterschiede. Und schließlich wurde die HIV/AIDS-Epidemie schon bald zur Pandemie.

Kein Geringerer als Francis Fukuyama sah daher in Südafrika keineswegs das „Ende der Geschichte“ gekommen (Fukuyama 1991: 13-28). Trotzdem verbreiten die Medien weltweit Meldungen von dem ‚Wunder der Hinwendung Südafrikas zur Demokratie‘. In- und ausländische Politik übernahm diese Meldungen unkritisch. Zu sehr waren die Probleme eines neuen Südafrika über Jahrzehnte etwa in der UN-Vollversammlung simplifiziert worden, als dass sich die internationale Gemeinschaft jetzt damit zufrieden gegeben hätte, in dem Ausbleiben des zuvor für unvermeidlich gehaltenen südafrikanischen Bürgerkrieges das Wunder zu sehen. Einer der sehr wenigen Politiker, der den Mut hatte, der allgemeinen Euphorie zu widersprechen, war der damalige Vorsitzende von *Liberal International*, Otto Graf Lambsdorff. Wohl mehr als jeder andere deutsche

Politiker hatte er mit südafrikanischen Politikern im Exil und in Südafrika selbst diskutiert und forderte daher in Anknüpfung an Egon Bahr, zusammen mit dem Verfasser dieses Beitrages, schon im Interesse der Stabilität der neuen demokratischen Ordnung statt einer idealtypischen Demokratie eine Demokratie *sui generis* (Lambsdorff 1993/5 und 1993/6: 3-4,3). Uns war klar, dass nur ein sehr starker Staat die immensen inneren Probleme Südafrikas, soweit sie überhaupt lösbar waren, würde lösen können. Dazu war erforderlich, die afrikaans- und die englischsprachigen Minderheiten – beide trugen noch die staatliche Verwaltung und die modernen Sektoren der Volkswirtschaft – dazu zu bringen, dem demokratischen Südafrika loyal zu dienen, statt ihr Heil in Auswanderung, innerer Emigration oder gar in Terror zu suchen. Wie es der liberale Dissident Van Zyl Slabbert Mitte 1987 bei unserem Treffen progressiver Afrikaner und der Spitze des damals noch verbotenen ANC in Dakar/Senegal geäußert hatte: „If you want to overcome Apartheid, you must convince Whites, particularly Afrikaners, that there is life beyond Apartheid.“ (Ropp 1989: 14). Für die deutsche Politik hätte es auf der Hand gelegen, hier auf die verfassungsrechtliche Situation der sowjetdeutschen Minderheiten in der Zeit von 1924 bis 1941 als Vorbild zurückzugreifen (Ropp 1999: III).

In Deutschland blieben die Vorstellungen Lambsdorfs jedoch ungehört. Denn längst war man in den Unionsparteien dazu übergegangen, den ANC nicht länger zu verteufeln, sondern ihm mit Bücklingen zu begegnen. Diese Hinwendung hin zu politisch korrektem Verhalten kam allerdings für denjenigen nicht überraschend, der sich an den Empfang erinnerte, den Bundeskanzler Helmut Kohl dem von deutscher Seite eingeladenen südafrikanischen Staatspräsidenten P. W. Botha Anfang Juni 1984 in Bonn bereitete: Aus Rücksichtnahme auf die kritische Öffentlichkeit fiel der Empfang nicht nur frostig aus. Vielmehr wurde an diesem Tag in den Abendnachrichten des ZDF gezeigt, wie unmittelbar vor der Begrüßung Bothas durch Kohl Mitarbeiter des Kanzleramtes das Sitzmöbel, auf dem für gewöhnlich der Bundeskanzler und sein jeweiliger Gast Platz nahmen, aus dem Raum, in dem der Empfang stattfand, herausgetragen wurde. Nachdem sich 1989/90 der Umbruch in Südafrika abzeichnete, verhielt sich die deutsche Wirtschaft ähnlich. Schon die Angst vor Ende 2002 in New York dann dennoch auch gegen deutsche Unternehmen von Opfern der Apartheid erhobenen Sammelklagen (Kneifel 2002: 8f.) legte das nahe. Nicht anders verhielten sich von nun an die südafrikanische Wirtschaft und die Partei der Apartheid, die Nationale Partei mit dem letzten weißen Staatspräsidenten, F.W. de Klerk, an der Spitze. Letzterer war völlig unvorbereitet und in einer rassistischen Geringschätzung seiner Gegner in die Verhandlungen mit dem ANC und seinen Allianzpartnern, der SACP und dem Congress of South African Trade Unions (Cosatu) gegangen. Als de Klerk dann in den Verhandlungen (1991/93) seinen Gegenspielern in keiner Stunde gewachsen war, begnügte er sich mit der Rolle eines bloßen Konkursverwalters (Werner Vogt) und kapitulierte. So bekam der ANC das, was er anstrebte (Slovo 1993: 9). Nach der Implosion der DDR war das zweckmäßigerweise eine perfekte westlich-demokratische Verfassung.

Auf der Basis dieser Verfassung wird nach 1994 und 1999 im Jahr 2004 zum dritten Mal gewählt werden. Abermals werden die siegreichen Parlamentarier der regierenden Allianz aus ANC, SACP und Cosatu aus ihren Reihen den Staatspräsidenten wählen. Wenn Südafrika dann Mitte der 90er Jahre dennoch eine Chance bekam, dann war das

der Verdienst des seit Mai 1994 amtierenden ersten demokratisch gewählten Staatspräsidenten des Landes, Nelson Mandela. Selbst seine reaktionärsten in- und ausländischen Gegner sprachen in größtmöglicher Hochachtung von ihm, dessen Politik nach Jahrzehnten der Haft frei von Rache und in jeder Minute auf die Überwindung der tiefen innersüdafrikanischen Gräben und Versöhnung zwischen den ethnischen Gruppen ausgerichtet war. Natürlich war und ist Mandela eine Lichtgestalt! Aber genauso natürlich konnte dieser große alte Mann die Probleme seines Landes nicht lösen. Seine Größe verhinderte jedoch zu erkennen, dass schon in seiner Amtszeit (1994-1999) Zehn- wenn nicht Hunderttausende vor allem weißer Experten für sich in einem von immer größer werdender, oft blutrünstiger Gewaltkriminalität, dem Fehlen beruflicher Perspektiven für sich selbst und erst recht für ihre Kinder und einem Verfall der öffentlichen Ordnung gekennzeichneten Land keine Zukunft mehr sahen und daher auswanderten. Schon damals galt, was David Roche, der Chefstrategie von *Independent Strategy, Global Investments Consultants*, London 1998 im *Wall Street Journal* in die Worte fasste, dass von allen aufstrebenden Märkten Südafrika den größten Bedarf an ausländischem Kapital und das geringste Potenzial habe, es anzuziehen (Roche 1998: 10). Eine Gruppe bedeutender deutscher Unternehmen schloss sich daraufhin zur *Südliches Afrika Initiative der deutschen Wirtschaft* (SAFRI) zusammen. Dies mit dem Ziel, deutsche Unternehmen zu weiteren Investitionen im Süden Afrikas zu veranlassen. Der große Durchbruch blieb jedoch aus. Selbst in der Republik Südafrika stimmen die Rahmenbedingungen nur für technologieintensive, nicht aber arbeitsintensive Investitionen. Seit Ende 1994 praktizierte die Regierung Mandela im öffentlichen Dienst eine Politik der ‚affirmative action‘, d. h. eine deutliche Bevorzugung von Opfern der Apartheid bei der Besetzung von Stellen im Staatsdienst wie auch der Beförderung von Staatsbediensteten. In der Praxis bedeutete das, dass mehr oder weniger alle führenden Staatsangestellten und sehr viele der unteren und mittleren Ebene, wenn auch nach Zahlung durchaus angemessener Abfindungen, entlassen und durch von der Ausbildung und von der beruflichen Erfahrung her wenig geeignete schwarze Südafrikaner ersetzt wurden. Dieser politisch wohl nicht zu vermeidende Einschnitt führte jedoch zu einem dramatischen Rückgang der Leistungsfähigkeit von Polizei, Zollverwaltung, Einwanderungskontrolle, staatlichem Gesundheits- und Ausbildungswesen, der Streitkräfte usw. Außerdem ist das heutige Südafrika noch korrupter als das alte. Südafrika wurde damit zu einem schwachen Staat, der in- und ausländische Investoren eher abschreckte und zu einer massiven Kapitalflucht führte. So hat die Republik am Kap, deren Arbeitslosigkeit seit langem schon eher um die 40 % als darunter liegt, seit dem sich abzeichnenden Umbruch etwa 1 Mio. Arbeitsplätze im formellen Sektor verloren. In diesem Zusammenhang der Hinweis, dass mindestens weitere 20 % der Bevölkerung in absoluter Armut leben, d. h., dass eine fünfköpfige Familie pro Monat ein Einkommen von nicht mehr als ca. 160 € zur Verfügung hat. Die von der Regierung des seit 1999 amtierenden Staatspräsidenten Thabo Mbeki angestrebte ‚Afrikanisierung‘ der modernen Sektoren der Volkswirtschaft, so steht zu befürchten, wird die Abwanderung von in- und ausländischen Experten und die Flucht südafrikanischen Kapitals vorantreiben. Sichtbar wurde das bereits Ende der 90er Jahre, als zunächst der wirtschaftliche Gigant Anglo American und dann weitere bedeutende Unternehmen ihren Firmensitz von Johannesburg

nach London verlegten. Aus deutscher Sicht ist dazu bemerkenswert, dass die Deutsche Bank ihre für das gesamte südliche Afrika zuständige Repräsentanz in Johannesburg Anfang 2003 geschlossen hat.

Noch weniger Erfolg als SAFRI hatte eine auf Drängen der USA zustande gekommene politische Initiative der Bundesregierung, die Gründung einer bilateralen südafrikanisch-deutschen Kommission. Mangels deutschen Interesses hat sie bislang nur selten getagt. Insgesamt ist das Interesse am südlichen Afrika in Deutschland massiv zurückgegangen. Gäbe es nicht die vorzügliche Information durch *afrika süd* unter der Federführung des genauso vorzüglichen Hein Möllers, die durch das *Neue Deutschland* und jene durch die *Frankfurter Rundschau* und die von Frank Räther in verschiedenen Regionalzeitungen, so fehlte in Deutschland jede kontinuierliche Berichterstattung. Dazu der Hinweis, dass die bis Anfang 2001 in Südafrika hervorragend vertretene *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ihr Büro Mitte 2003 geschlossen hat. Die Medien wären insgesamt stumm, so wie unstreitig die Bundesregierung, sowie die Regierungs- und Oppositionsparteien stumm sind. Unfassbar ist, dass das in Deutschland auch für die EKD gilt, die zuvor jahrzehntelang den Befreiungskampf von ANC und SWAPO mitgetragen hatte!

So hat wohl niemand von der im Herbst 2002 von Breyten Breytenbach in Neuhausen/Brandenburg vertretenen These Notiz genommen, der ANC habe den historischen Kompromiss nicht mit den schwächlichen Vertretern der ethnischen Minderheiten, darunter vor allem den Afrikaanern, sondern mit Wall Street geschlossen. Nur so ist zu erklären, dass sich der ANC als Regierungspartei für eine GEAR (Growth, Employment and Redistribution) genannte, neoliberale Wirtschaftspolitik entschied. Dies auch um den Preis dramatisch gewachsener Arbeitslosigkeit! Dagegen hat sich inzwischen eine ‚neue soziale Bewegung‘ organisiert, eine Bewegung der Arbeits-, Land- und/oder Obdachlosen, wie auch derer, die in ihrer Armut nicht in der Lage sind, für Miete, Strom und/oder Trinkwasser zu bezahlen (Desai 2002: 20-22). Sie wird außer von der SA Non-Governmental Organisations‘ Coalition, auch vom SA Council of Churches und Cosatu getragen. Sichtbar wurden diese neuen Kräfte auch für die Außenwelt, als sie am Rande einer Konferenz des Weltwirtschaftsforums im Juni 2002 in Durban und wenige Wochen später im Schatten des UN-Umweltgipfels in Johannesburg gegen das wachsende Elend der Mehrzahl der schwarzen Südafrikaner demonstrierte. Gerade in Durban sollte so verdeutlicht werden, was die Kehrseite der durchaus positiven makroökonomischen Daten Südafrikas ist. Wie gespannt das Verhältnis der regierenden Allianzpartner zueinander ist (Ndlovu 2002: 7), wurde deutlich, als SACP und Cosatu im August 2001 und im Oktober 2002 gegen die horrende Arbeitslosigkeit und die Privatisierungspolitik Pretorias gerichtete Generalstreiks veranstalteten. Dies noch ohne besonderen Erfolg! Es stellt sich die Frage, ob hier die Saat für künftige Fabrik-, Bergwerks- und Farmbesetzungen nach simbabwischem Vorbild gesät wurde (Paasch 2002: 24). Denn jeder Kundige weiß bereits heute, dass das Schweigen Mbekis zu Mugabes ‚Reformpolitik‘ maßgeblich damit zu erklären ist, dass dessen Politik in Fraktion und Partei des ANC viel Sympathie genießt.

Völlig offen ist, wie die weißen Südafrikaner, insbesondere die Afrikaaner, auf einen solchen Politikwechsel reagieren werden. Was sie möglicherweise erwartet, macht eine

Zahl deutlich: Seit dem Umbruch wurden bis Ende 2002 etwa 1300 weiße Farmer ermordet. Verbreitet ist die Auffassung, dass sie so nach simbabwischem Vorbild zur Aufgabe ihrer Farmen veranlasst werden sollen! Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass weniger als 40 % der Täter bislang strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen wurden! Die in den ländlichen Regionen ohnehin desolate Sicherheitslage wird sich dramatisch verschärfen, sollte die Regierung Mbeki ihren im Februar 2003 verkündeten Plan realisieren, die hier stationierten sog. Kommandos, d.s. Reservistenverbände der Streitkräfte aus den Kreisen der Farmer, aufzulösen. Bislang haben sie für ein Minimum an Sicherheit gesorgt. Abzuwarten bleibt, ob sie ihre Auflösung hinnehmen oder aber sich in sog. Vigilantegruppen verwandeln werden. Denn unstreitig finden sich in ihren Reihen viele konservative oder rechtsradikale Gegner des neuen Südafrika. Damit würde die im schwarzen und im weißen Südafrika angesichts der Ineffizienz der Polizei ohnehin stark verbreitete Tendenz zur Selbstjustiz einen wichtigen Schritt vorankommen. Sie wird sich möglicherweise bis hin zur ‚Kongolisierung‘ Südafrikas fortsetzen, sollte die Regierung irgendwann versuchen, nach den Kommandos die in den Städten tätigen, sehr effizienten privaten Sicherheitsgesellschaften aufzulösen. Denn auch in ihnen besetzen häufig konservative bzw. rechtsradikale Gegner der Hinwendung Südafrikas zur Demokratie alle führenden Positionen.

Auch in Deutschland wird immer wieder vergessen, dass Südafrika am Vorabend der ersten demokratischen Wahlen Ende April 1994 wegen des erwarteten Widerstandes der Afrikaner und anderer Weißer einem Bürgerkrieg sehr nahe war. US-Botschafter Princeton Nathan Lyman und seinem britischen Kollegen Sir Anthony Reeves gelang es damals, die Spitze des ANC und die von dem nur gemäßigt konservativen General Constand Viljoen geführten, nicht selten rechtsradikalen Afrikaner, die in dem Machtübergang das Ende des modernen Südafrikas sahen, nach sechsmonatigen Verhandlungen zum Abschluss des *Accord on Afrikaner Self Determination* zu bewegen. Beide Botschafter wie auch eine irisch-deutsche EU-Wahlbeobachtergruppe, darin der Verfasser dieses Beitrages, sowie Vertreter weiterer Botschaften wohnten am 23. April 1994 dessen Unterzeichnung durch Thabo Mbeki und Constand Viljoen im Westflügel des Union Building in Pretoria als Zeugen bei. Die deutsche Politik, eine Politik der Bücklinge gegenüber dem ANC, ignorierte diese Verhandlungen auf der ganzen Linie, obwohl ihr Ergebnis in manchem an die Überlegungen von Bahr und Lambsdorff anknüpfte. Der *Accord* wurde in der Folgezeit zwar in die Verfassung des demokratischen Südafrika aufgenommen, jedoch nicht in die Tat umgesetzt. Denn Viljoen vermochte seine in sich tief zerstrittene Gefolgschaft nicht zu einigen. An ihr, nicht jedoch am ANC, scheiterte er! Daraufhin gab Mandela sein Vorhaben auf, ihn als Verteidigungsminister in sein Kabinett zu berufen. Erstaunlicherweise ließen Washington und London Viljoen dann fallen und verspielten so die einzige Chance auf politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung, die das demokratische Südafrika jemals hatte (Ropp 1994: 388-390).

Spätestens Ende 2002 zeigte sich, wie wichtig die Einbindung der Afrikaner in das neue Südafrika weiterhin ist, mit anderen Worten, welche Gefahren ihre bisherige Marginalisierung heraufbeschwört. Denn um diese Zeit begingen afrikaanse Extremisten, darunter aktive Offiziere, bewaffnete Anschläge. So unsinnig ihr Vorhaben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, natürlich auch war, so kam in ihren Taten doch die Verzweiflung sehr vieler Afrikaner zum Ausdruck. Kein Geringerer als der durch und durch progressive Max du Preez warnte daraufhin in einem „Most Afrikaners against Violence“ überschriebenen Artikel, die Verbitterung sehr vieler Afrikaner, dies auch wegen des langfristig drohenden Verlustes ihrer Sprache, des Afrikaanses, zu unterschätzen (du Preez 2000: 5). Es ist schlicht unverständlich, dass dieselben Regierungen, die sich in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens u. a. durch einen verfassungsrechtlich verankerten Minderheitenschutz um die Rückgewinnung innerer Stabilität bemühen, sich für Südafrika mit der Rolle von verfassungsrechtlichen *simplificateurs terribles* begnügen. Im Fall deutscher Politik ist das um so unverständlicher, als es nur in der alten Bundesrepublik Deutschland in den späten 70er und früher 80er Jahren eine Handvoll von Wissenschaftlern gab, die öffentlich nach einem demokratischen System sui generis für das neue Südafrika suchte (Geldenhuis 1985: 84-98).

Die Respektierung der neu auszuhandelnden Rechte der afrikaanssprachigen Minderheit war auch die Botschaft eines Offenen Briefes, den die Gruppe der 63, eine von dem Philosophen Daniel Goosen geführte, lockere Vereinigung eher progressiver afrikaanser Intellektueller, an Thabo Mbeki richtete. Hoffnung gibt, dass er daraufhin die in der Vryheids Front organisierten politischen Erben Viljoens zu einem offenbar konstruktiven Gespräch empfangt. Mbeki weiß sichtlich, dass die Afrikaner beim Scheitern oder Gelingen des demokratischen Umbruchs in Südafrika eine Schlüsselrolle spielen. Hoffnung gibt auch, dass vor allem die EU-Staaten Südafrika nicht bis hin zu den von Breyten Breytenbach an die Wand gemalten *variantes infinies de la barbarie*, sich selbst überlassen können. Denn es ist nicht vorstellbar, wie sie die im Fall des Untergangs von Südafrika erforderliche Evakuierung ihrer in Südafrika lebenden ca. 1,4 Millionen Staatsangehörigen (vor allem Briten und Portugiesen, aber auch ca. 80 000 Deutsche) über eine Strecke von mehr als 10 000 km bewerkstelligen wollen (Ropp 2000: 40).

5 **Literaturverzeichnis**

- Bahr, Egon (1977). Interview mit Egon Bahr. *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, 10. Juli, 8.
- Behrens, Michael/Rimscha, Robert von (Hg.) (1994). *Südafrika nach der Apartheid*. Baden-Baden.
- Brandt, Hartmut/Otzen, Uwe (2002). Bodenreform – Voraussetzung aller Entwicklung. *E + Z / Entwicklung und Zusammenarbeit*, 43: 11, 304-308.
- Cohen, J. Herman (2002). Interview exclusive avec M. J. Herman Cohen. www.congopolis.com, 16. Oktober.
- Desai, Ashwin (2002). Aufstand der Unzufriedenen. Neo-Liberalismus und neue soziale Bewegung in Südafrika. *afrika süd*, 5, 20-23.

- Fandrych, Sabine (2002a). Angola: Auf dem Weg vom militärischen zum politischen Frieden. Kurzberichte aus der Internationalen Zusammenarbeit. Bonn.
- Fandrych, Sabine (2002b). Die Waffen schweigen. Wird der Frieden in Angola halten? Luanda.
- Geldenhuis, Deon (1985). Die Zukunft Südafrikas aus deutscher Sicht. *Außenpolitik*, 36: 1, 80-98.
- Hanlon, Joseph (2002). Vom Nehmen und Geben. Entwicklungshilfe und Korruption in Mosambik. *afrika süd*, 5, 35-37.
- Fukuyama, Francis (1991). The Next South Africa. *The National Interest* 38, 13-28.
- Jäger, Thomas (1996). Isolation in der internationalen Politik. Baden-Baden.
- Kasack, Sebastian (2002). Chronische Flucht – chronische Bildungsmisere. *afrika süd*, 5, 36f.
- Kneifel, Theo (2002). Globale Akteure mit beschränkter Haftung? Apartheidsopfer reichen Klagge ein. *afrika süd*, 4, 8f.
- Kümmel, Gerhard (1999). Das SOWI – (Un-)Zeitgemäße Betrachtungen eines Newcomers. In: SOWI 1999: 107-121.
- Lambsdorff, Otto Graf (1993). Auf dem Weg zu einem Post-Apartheid-Südafrika/Ansichten eines ausländischen Liberalen. RSA 2000/ Weg in die Zukunft. 27.05.1993, und 23.06.1993.
- Le Pere, Garth (2000). A Stable and Prosperous Region? Scenarios of the Future of Southern Africa. *Africa Insight*, 30: 1, 58-62.
- Lucas, Hans-Dieter (Hg.) (2002). Genscher, Deutschland und Europa. Baden-Baden.
- Melber, Henning (2002). Machtkämpfe in Namibia. *afrika süd*. 5, 13.
- Ndlovu, Hanna (2002). Südafrika / Kein Sozialismus mit dem ANC. *Neues Deutschland*, 17. Dezember, 7.
- Ostheimer, Andrea E. (2001). Mozambique, the Permanent Entrenchment of Democratic Minimalism? *African Security Review*, 10: 1, 23-36.
- Paasch, Armin (2002). Versöhnung ohne Gerechtigkeit? Südafrika am Scheideweg. *afrika süd*, 5, 24.
- Pabst, Martin (2002). Krisenherde im südlichen Afrika. Teil 1. *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 40: 4, 453-461.
- Preez, Max du (2002). Most Afrikaners against Violence. *Pretoria News*, 31. Oktober, 5.
- Rabbow, Michael (2001). From Awareness to Behavioural Change – Challenges in HIV/AIDS Control in Southern Africa/Namibia. *afrika spectrum*, 36: 1, 17-33.
- Roche, David (1998). South Africa's Capital Crisis. *The Wall Street Journal Europe*. 9. September, 10.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1987). Perspektiven einer Lösung des Namibia-Konflikts (unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Bundesrepublik Deutschland) *Verfassung und Recht in Übersee*, 20: 4, 431-442.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1989). Two Years after Dakar, the Dialogue Continues. *Democracy in Action*, 7, 14f.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1990). Das südliche Afrika zwischen Erstarrung und Verhandlungsbereitschaft. In: Wagner u. a. 1990: 291-304.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1994). Südafrika im Zeichen des ‚Ausbruchs von Frieden‘. *Außenpolitik*, 45: 4, 384-391.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1995). Die Entwicklungsgemeinschaft im Südlichen Afrika (SADC) – Utopie oder künftige Realität? In: Steinbach/Nienhaus 1995: 211-227.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (1999). Wenn Mbeki Mandela ablöst / Besteht die Chance auf Stabilität Südafrikas? *FAZ*, Tiefdruckbeilage, 15. Mai, III.
- Ropp, Klaus Frhr. von der (2000). Der Süden Afrikas – eine sicherheitspolitische Herausforderung für Europa? *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 38: 1, 39-44.
- Schleicher, Hans-Georg (1994). Juniorpartner der Sowjetunion: Die DDR im Südlichen Afrika. In: Behrens/Rimscha 1994: 59-74.
- Schmidt, Felix (2002). Simbabwe. Bonn.
- Slovo, Joe (1993). The Negotiations Victory. *The African Communist*, 4, 6-10.

- SOWI* (Hg.) (1999). 25 Jahre. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr. Eine zukunftsorientierte Standortbestimmung. Strausberg.
- Steinbach, Udo/Nienhaus, Volker* (Hg.) (1995). Entwicklungszusammenarbeit in Kultur, Recht und Wirtschaft. Festgabe für Volkmär Köhler zum 65. Geburtstag. Opladen.
- Strizek, Helmut* (2002). Linda Melvern is Right, but ... Short Analysis of 'A People Betrayed'. The Role of the West in Rwanda's Genocide by Linda Melvern (2000). *Internationales Afrikaforum*, 38: 4, 375-390.
- Stroux, Daniel* (2000). Die Demokratische Republik Kongo – Schwierigkeiten und Perspektiven eines politischen Neuanfangs und ein Ende des Bürgerkrieges. Bonn.
- United Nations* (2002). Humanitarian Situation in Angola. In deutscher Übersetzung in *afrika süd*, 2, 36f.
- UN Secretary General* (2002). Final Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo. New York.
- Vergau, Hans-Joachim* (2002). Genscher und das südliche Afrika. In: Lucas 2002: 223-239.
- Wagner, Wolfgang et al.* (Hg.) (1990). Die Internationale Politik 1987/88. München.
- World Food Programm / Food and Agricultural Organisation* (2002). Southern Africa Hunger Reports: 12.8 Million Lives at Risks. New York.